

Wirtschaftsrat der CDU e.V.

**Empfehlungen für die Wahlprogramme zur
Bundestagswahl 2009**



- I. Staatsfinanzen und Verwaltung zukunftsfest machen – Chancen für Bürger, Kommunen und Mittelstand**
- II. Steuergesetze vereinfachen – Mittelschicht entlasten**
- III. Jedem eine Chance – Bildung, Innovation, Aufstieg**
- IV. Menschen in Arbeit bringen – mehr Chancen durch Flexibilität**
- V. Für ein leistungsstarkes und menschliches Gesundheitswesen**
- VI. Innovationsstandort stärken – Spitzenleistungen fördern**
- VII. Politik für eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung**
- VIII. Industriestandort erhalten – Wettbewerb sicherstellen – Klimaschutz wirtschaftsverträglich gestalten**
- IX. Klimaschutzpotentiale heben - Neue Impulse für Wohnungsmärkte setzen**
- X. Verkehrsinfrastruktur stärken – Mobilitätsstau auflösen**
- XI. Starkes Europa – Sichere Zukunft**

I. Staatsfinanzen und Verwaltung zukunftsfest machen – Chancen für Bürger, Kommunen und Mittelstand

Geordnete Staatsfinanzen sind das Fundament für Wachstum und Wohlstand in Deutschland. Nur stabile öffentliche Haushalte schaffen finanzielle Spielräume für überragend wichtige Zukunftsaufgaben wie Bildung, Forschung und Innovation. Besondere Anforderungen an den Staat und seine Leistungsfähigkeit stellt die schrumpfende und alternde Bevölkerung Deutschlands. Darüber hinaus belastet die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise die öffentlichen Haushalte und die sozialen Sicherungssysteme. Zukunftsfeste öffentliche Finanzen sind auch ein Akt der Gerechtigkeit gegenüber nachfolgenden Generationen. Deswegen bleiben Haushaltsausgleich und Schuldenabbau unsere zentralen Ziele.

Das optimale Zusammenspiel von Bund, Ländern und Kommunen ist eine Daueraufgabe. Die Entflechtung der einzelnen Ebenen und die Modernisierung der staatlichen Strukturen stehen im Zentrum der ständigen Bemühungen um einen transparenten, effizienten und schlanken Staat. Umso wichtiger ist es, die bisherigen Ansätze zu Föderalismusreformen in einer **Föderalismuskommission III** fortzuführen.

Gleichzeitig kann die öffentliche Hand den großen zukünftigen Herausforderungen nur gerecht werden, wenn sie sich den Prinzipien des fairen Wettbewerbs und der Subsidiarität weiter öffnet. Bereits heute profitieren die Kommunen vom Wettbewerb mit privaten Unternehmen, indem sie sich spürbar an den Maßstäben von Effizienz, Transparenz und Wirtschaftlichkeit orientieren und ihre eigenen Prozesse entsprechend angepasst haben. Erhebliche Kosteneinsparungspotentiale wurden auf diese Weise gehoben und die kommunalen Haushalte stark entlastet. Es muss daher ein wesentliches Anliegen bleiben, die Privatisierung öffentlicher Leistungen und den fairen Wettbewerb zum Nutzen aller voranzutreiben. Bürger und Steuerzahler erhalten die beste Leistung zum besten Preis, wenn Privat und Staat gemeinsame Wege bei der Leistungserstellung beschreiten und ihre spezifischen Stärken einbringen.

Um Verwaltung und Staatsfinanzen in Deutschland zukunftsfest zu machen, müssen folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

- 1. Wir bekennen uns zu einem fairen Wettbewerb zwischen Privat und Staat.** Hierfür brauchen wir ausgewogene, diskriminierungsfreie Wettbewerbsbedingungen und eine konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips. Dies schafft Planungssicherheit - insbesondere für den Mittelstand. Kommunale und private Unternehmen müssen dabei die gleichen Ausgangsbedingungen haben, um auf dem Markt bestehen zu können. Die Festschreibung der steuerlichen Gleichbehandlung sowie die Angleichung der Refinanzierungsmöglichkeiten sind zwingende Voraussetzungen hierfür, genauso wie ein für alle geltendes Vergaberecht.
- 2. Wir wollen konstruktive Partnerschaften zwischen öffentlicher Hand und privaten Unternehmen.** Das ist die beste Voraussetzung dafür, dass der Bürger intelligente, innovative und effiziente Leistungen erhält. Öffentlich-Private Partnerschaften sind ein wegweisender Baustein bei der gemeinschaftlichen Leistungserstellung. Diese eignen sich be-

sonders, um kommunale Interessen und privates Know-how zusammenzuführen. Wir setzen uns für die Entwicklung weiterer Kooperationsformen ein.

3. **Wir setzen uns für einen schnellstmöglichen Haushaltsausgleich ein.** Weil die Schulden von heute die Steuern von morgen sind, brauchen wir öffentliche Haushalte ohne Neuverschuldung. Die beschlossene Schuldenbremse sollte daher frühzeitig greifen. Außerdem muss die neue Schuldenregel nachgebessert werden, sodass es künftig nicht mehr zulässig ist, auch in guten Jahren Schulden zu machen.
4. **Wir fordern den Einstieg in die Altschuldentilgung.** Beim Haushaltsausgleich allein darf es nicht bleiben: Um Bund, Länder und Gemeinden von ihren erdrückenden Zinslasten zu befreien, müssen zusätzliche Steuereinnahmen dafür verwandt werden, die bestehenden Schuldenberge abzutragen.
5. **Wir streben mehr Wettbewerb für die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern an.** Die hohe finanzielle Verflechtung zwischen den Gebietskörperschaften verhindert einen produktiven Wettbewerb. Mischfinanzierung, Gemeinschaftsaufgaben und Auftragsverwaltung müssen daher beherzt weiter zurückgeschnitten werden. Der Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt“ muss auch für die öffentlichen Haushalte gelten. Außerdem sollen die Länder und Kommunen stärker als bisher über ihre Einnahmen und Ausgaben bestimmen dürfen.
6. **Wir wollen höhere Transparenz für die öffentlichen Haushalte durch ein kaufmännisches Planungs- und Rechnungswesen sowie Benchmarking in allen Verwaltungen.** So kann ein zu sorgloser Umgang der öffentlichen Hand wirksam verhindert werden. Bisher ist die Politik häufig allein auf die Ausgabenseite fixiert. Demjenigen winkt Lob, der das meiste Geld für eine Aufgabe ausgibt. Künftig muss zählen, was mit den eingesetzten Mitteln bewirkt wird.

II. Steuergesetze vereinfachen – Mittelschicht entlasten

Das deutsche Steuerrecht ist das komplizierteste der Welt. Es ist ein grundlegend falscher Ansatz unseres Steuerrechts, jeden denkbaren Sachverhalt gesondert zu erfassen und unbedingt Einzelfallgerechtigkeit herzustellen. Immer häufiger werden Verschärfungen für alle mit der unerwünschten Ausnutzung gesetzlicher Möglichkeiten durch Einzelne begründet. Die Folge sind zunehmend unübersichtlichere und kurzlebige Vorschriften.

Leidtragende dieser Entwicklung sind vor allem kleine und mittelständische Unternehmen sowie Unternehmensgründer. Sie haben kaum eine Chance, das Steuerdickicht selbst zu durchdringen und können sich auch keine eigene Steuerabteilung leisten. Zudem schlagen die hohen Bürokratiekosten hier überproportional stark zu Buche.

Zu diesen Belastungen treten die leistungshemmenden Wirkungen des Tarifverlaufs in der Einkommensteuer. Der steile Anstieg der Progression führt – zusammen mit den Sozialversicherungsbeiträgen – schlimmstenfalls dazu, dass von jedem hinzuverdienten Euro nur 30 Cent in der Tasche des Steuerbürgers bleiben. Kommt Inflation dazu, zahlen die Menschen drauf: die Lohnerhöhung führt sie in den höheren Steuersatz – netto bleibt weniger als vorher.

Die bürgerliche Mittelschicht und mittelständische Unternehmer entwickeln sich so zu den Verlierern unseres Steuer- und Abgabensystems. Die obersten 20 Prozent der Einkommensbezieher zahlen fast drei Viertel des Steueraufkommens. Schon Facharbeiter fallen in diese Einkommensgruppe. Bei Ausweitung der „Reichensteuer“ würden viele betroffene Leistungsträger Deutschland den Rücken kehren. Leidtragende wären wiederum die Angehörigen der Mitte, die die Einkommensausfälle des Staates zu tragen hätten. Eine Erweiterung der „Reichensteuer“ darf es daher nicht geben.

Wir setzen uns dafür ein, die Attraktivität des Standorts Deutschland gerade auch für die Leistungsträger der Mittelschicht und den unternehmerischen Mittelstand zu stärken. Deswegen streben wir eine grundlegende Vereinfachung des deutschen Steuerrechts sowie Entlastungen für die Mitte der Gesellschaft an.

Als Bestandteil der Steuervereinfachung und -entlastung müssen folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

- 1. Wir wollen die „Kalte Progression“ und den „Mittelstandsbauch“ bei der Einkommenssteuer bekämpfen.** Hierzu müssen die Tarifschwellen regelmäßig an die Inflation angepasst und der Tarifverlauf abgeflacht werden. Eine Erhöhung des Grundfreibetrags allein lehnen wir ab, da auf diese Weise die mittleren Einkommensbezieher einen noch höheren Anteil an den Staatseinnahmen schultern müssten als schon bislang. Leistung muss sich aber gerade auch für die Mitte wirklich lohnen.
- 2. Wir setzen uns dafür ein, verbleibende Ausnahmeregelungen und Subventionen im Steuerrecht innerhalb einer Übergangsfrist abzuschmelzen.** Nur so wird unser Steuersystem einfacher, transparenter und dadurch auch gerechter. Gleichzeitig sollen verstärkt unbürokratische Pauschalierungsregelungen eingeführt werden. Das schon heute

bei der Umsatzsteuer geltende Selbstveranlagungsprinzip wollen wir auf die Einkommensteuer ausweiten.

3. **Wir wollen rezessionsverschärfende Steuervorschriften entschärfen und auf ihren Rege-
lungskern – die Bekämpfung missbräuchlicher Gestaltungen – zurückführen.** In der ak-
tuellen Konjunkturkrise zeigt sich deutlich, welche Regelungen die deutschen Unter-
nehmen besonders belasten. An erster Stelle steht hier die Besteuerung der im Betrieb
entstandenen Kosten, die schlimmstenfalls zu einer Substanzbesteuerung führt. Unter-
nehmen müssen dann aus ihren Rücklagen Steuern zahlen, auch wenn sie keinen Cent
Gewinn gemacht haben.
4. **Wir machen uns dafür stark, die Erbschaftsteuer abzuschaffen und Arbeitsplätze im
deutschen Mittelstand zu erhalten.** Die Erbschaftsteuer belastet in besonderem Maße
heimische mittelständische Unternehmen, die sich im internationalen Wettbewerb be-
haupten müssen. Der europaweite Trend zur Abschaffung dieser Steuer wird dazu füh-
ren, dass deutsche Unternehmen unter Druck geraten und verstärkt über eine Abwande-
rung nachdenken. Selbst Schweden hat sich unter sozialdemokratischer Regierung von
der Erbschaftsteuer verabschiedet.
5. **Wir wollen, dass die Gewerbesteuer durch das Recht der Kommunen ersetzt wird, eige-
ne Hebesätze bei Einkommen- und Körperschaftsteuer zu beschließen.** Die Gewerbe-
steuer ist im internationalen Vergleich ein deutscher Sonderweg. Sie wirkt daher gerade
auf internationale Investoren abschreckend. Investitionen ausländischer Unternehmen
in Deutschland werden so behindert. Aber auch für die einheimische Wirtschaft stellt die
Gewerbesteuer eine Zusatzbelastung dar, die gerade in Zeiten sinkender Erträge massiv
krisenverschärfend wirkt.
6. **Wir bekennen uns zu einer Abschaffung des Solidaritätszuschlags.** Der ursprünglich als
Sonderabgabe eingeführte Zuschlag ist längst konzeptionswidrig zu einer allgemeinen
Steuerquelle geworden, die nicht mehr vorrangig dem Aufbau Ost dient. Dieses Relikt be-
lastet die Bürger zusätzlich und verkompliziert das Steuerrecht. Eine Verabschiedung
vom Solidaritätszuschlag bringt eine schnelle und spürbare Entlastung für alle Steuer-
zahler.

III. Jedem eine Chance – Bildung, Innovation, Aufstieg

Zu vielen Bildungskarrieren droht in Deutschland Jahr für Jahr der Absturz – 80.000 Schulabbrecher und 250.000 Sitzenbleiber sind verheerende Alarmsignale. Jedem fünften Jugendlichen in Deutschland fehlen ausreichende Fähigkeiten zum Erlernen eines Ausbildungsberufs. Zudem zeichnet sich aufgrund der Demographie ein eklatanter Mangel an Ingenieuren und Facharbeiten ab, die für die deutsche Industrie unverzichtbar sind.

Um allen jungen Menschen die Chance auf einen Aufstieg durch Bildung zu eröffnen, braucht Deutschland eine Trendwende in der Bildungspolitik – mit zielgerichteten Investitionen und strukturellen Veränderungen. Nur Vielfalt, Autonomie und Wettbewerb führen zu mehr Qualität und Leistung im Bildungssystem. Um Talente best- und frühestmöglich zu fördern, ist die Bildungsfinanzierung vom Kopf auf die Füße zu stellen und verstärkt auf die ersten Lebensjahre zu fokussieren.

- 1. Wir setzen uns ein für eine deutliche Verbesserung des Betreuungsverhältnisses in Kindertageseinrichtungen** auf eins zu vier für Kindern unter drei Jahren, um Talente frühestmöglich individuell zu fördern.
- 2. Wir befürworten eine für alle Kinder im vierten Lebensjahr verpflichtende Überprüfung des sprachlichen Entwicklungsstands** – verknüpft mit einer verbindlichen Förderung bei festgestellten Defiziten.
- 3. Wir fordern die Einführung eines obligatorischen Vorschuljahres**, um durch Sicherstellung der deutschen Sprachfertigkeit allen Kindern eine intensive Teilnahme am Unterricht zu ermöglichen.
- 4. Wir wollen, dass Ganztagschulen und kostenfreie Angebote im Vorschulbereich deutlich ausgebaut werden** und bekennen uns zum bewährten mehrgliedrigen Schulsystem.
- 5. Wir setzen uns ein für eine Stärkung der Autonomie von Schulen und Hochschulen in Struktur- und Personalfragen**, um bestmögliche Antworten auf lokal unterschiedliche Herausforderungen zu ermöglichen.
- 6. Wir wollen eine an der Leistung der Ausbildungseinrichtung orientierte Entlohnung der Lehrkräfte** statt starrer Beamtenvergütungen. Besonderer Erfolg in der Lehre muss sich auszahlen.
- 7. Wir fordern die Stärkung der MINT-Kompetenzvermittlung** durch eine verpflichtende Belegung von zwei naturwissenschaftlich-technischen Fächern bis zum Abitur und die Einbindung der Unternehmen in die Wissensvermittlung auf allen Ebenen des Bildungssystems.
- 8. Wir wollen, dass die Vermittlung wirtschaftlicher Grundkenntnisse in die schulischen Lehrpläne verbindlich integriert werden**, um sowohl den Unternehmer- und Gründergeist als auch die Akzeptanz unserer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung frühzeitig zu stärken.
- 9. Wir machen uns dafür stark, die Lehrerfortbildung zur Stärkung der schulischen Bildungsqualität deutlich zu intensivieren**, um durch Verdreifachung des Weiterbildungs-

anteils am Personalbudget von 0,5 auf 1,5 Prozent neue didaktische Konzepte schneller flächendeckend einsetzen zu können.

10. Wir setzen uns ein für eine stärkere Aktivierung der Hochschulen als Weiterbildungszentren, um zusätzliche Angebote für ein lebenslanges Lernen zu schaffen. Hierzu bedarf es zusätzlicher Anreize für die Hochschulen, wie z.B. die Ermöglichung einer flexiblen Verwendung zusätzlicher Einnahmen, sowie der verstärkten Konzipierung weiterbildender Bachelor-Programme.

IV. Menschen in Arbeit bringen – mehr Chancen durch Flexibilität

Arbeit ist die beste Voraussetzung für ein sinnerfülltes und selbstverantwortetes Leben. Nur durch produktive Berufstätigkeit können Abhängigkeit und Armut dauerhaft überwunden werden. Deshalb ist der entschlossene Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ein Kernziel unserer Politik.

Gerade in der jetzigen Finanz- und Wirtschaftskrise kommt es besonders darauf an, den Arbeitsmarkt mit Strukturreformen für dauerhaft mehr Beschäftigung wetterfest zu machen. Flexibilität und Sicherheit sind unverzichtbare Elemente einer modernen Arbeitsmarktordnung in einer durch Globalisierung, internationale Arbeitsteilung und technischen Fortschritt gekennzeichneten Wirtschaft.

Für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen fordern wir ein 10-Punkte-Programm:

- 1. Wir engagieren uns für die Verringerung der Abgabenbelastungen der Beitragszahler.** Zur Senkung der Lohnzusatzkosten auf deutlich unter 40 Prozent setzen wir uns für die Abkoppelung des Beitrags zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung vom Beschäftigungsverhältnis ein. Zudem sind versicherungsfremde Leistungen auszugliedern, beispielsweise durch Abschaffung des Eingliederungszuschusses, der die Arbeitslosenversicherung belastet.
- 2. Wir wollen eine Konzentration auf maximal zehn schlagkräftige arbeitsmarktpolitische Programme.** Nur Maßnahmen, die Arbeitslose wirksam in reguläre Beschäftigung bringen, sollen fortbestehen.
- 3. Wir fordern die Erweiterung kommunaler Zuständigkeiten bei der Betreuung Langzeitarbeitsloser.** Nur direkt vor Ort bestehen die Netzwerke, die zur Überwindung von Langzeitarbeitslosigkeit ineinander greifen müssen und eine ganzheitliche Förderung von Menschen mit Vermittlungshindernissen ermöglichen.
- 4. Wir sind für neue Chancen auf Arbeit durch Flexicurity.** Wir ermutigen Arbeitgeber zu Neueinstellungen, indem uns dafür einsetzen, statt starrem Kündigungsschutz flexible Abfindungsoptionen zu ermöglichen.
- 5. Wir setzen auf den Ausbau eines Kombi-Einkommens aus Marktlohn und staatlichem Zuschuss.** Dies ist der Schlüssel, arbeitenden Männern und Frauen einen menschenwürdigen Lebensunterhalt zu ermöglichen, ohne durch zu hohe Lohnkosten in den Unternehmen Arbeitsplätze zu vernichten. Wer als Transferempfänger Vollzeit arbeitet, soll mehr von seinem Hinzuverdienst behalten dürfen. So unterstützen wir den Einstieg in den Aufstieg am Arbeitsmarkt.
- 6. Wir plädieren für die Stärkung der Tarifautonomie, denn die Lohnfindung ist nicht Aufgabe des Staates.** Deshalb bekennen wir uns zum Vorrang von Tarifverträgen vor gesetzlichen Mindestlöhnen. Wer hingegen Unternehmen zwingt, einen Lohn zu zahlen, der nicht zu erwirtschaften ist, der sorgt dafür, dass viele Menschen bald überhaupt keinen Lohn mehr bekommen.

7. **Wir wollen eine Förderung der Beschäftigungssicherung in jedem einzelnen Unternehmen**, indem betriebliche Bündnisse für Arbeit gesetzlich verankert werden. Die Betriebsparteien sollen mit qualifizierter Belegschaftsmehrheit vom Flächentarifvertrag abweichen dürfen, um Arbeitsplätze zu erhalten.
8. **Wir machen uns für die Sicherung des Betriebsfriedens stark und halten am bewährten Grundsatz der Tarifeinheit fest:** In jedem Betrieb soll grundsätzlich nur ein Tarifvertrag zur Anwendung kommen, damit ständige Arbeitskämpfe vermieden werden.
9. **Wir fordern die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsgesetzbuchs**, damit jeder Arbeitnehmer und Arbeitgeber auf den ersten Blick seine Rechte und Pflichten erkennen kann. So soll die Rechtsunsicherheit beendet das Vertrauen für Neueinstellungen geschaffen werden.
10. **Wir unterstützen Frauen in ihrer beruflichen Tätigkeit**, indem wir für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch eine flächendeckende, qualitativ hochwertige Kinderbetreuung eintreten.

V. Für ein leistungsstarkes und menschliches Gesundheitswesen

Für uns gilt der Grundsatz: Der Mensch steht im Mittelpunkt des Gesundheitswesens. Die Gesundheitsversorgung in Deutschland zählt zu den besten der Welt. Sie bietet für jeden Bürger einen umfassenden Leistungskatalog, Zugang zu modernen Therapien und Arzneimitteln sowie eine wohnortnahe Versorgung. Künftig werden jedoch immer weniger berufstätige Menschen für immer mehr Ältere sorgen müssen. Gleichzeitig erhöht der medizinisch-technische Fortschritt den Kostendruck. Ohne grundlegende Reformen führt dies zwangsläufig zu steigenden Beitragssätzen. Höhere Lohnzusatzkosten sind jedoch Gift für die Beschäftigung und würden die Einnahmenbasis der Krankenkassen weiter schwächen. Um das qualitativ hohe Niveau der medizinischen Versorgung gerade auch im ländlichen Raum und die Zukunftsfähigkeit der Krankenversicherung zu sichern, muss das Fundament des deutschen Gesundheitswesens dringend weiterentwickelt werden.

Die vielfach von der SPD geforderte „Bürgerversicherung“, die alle Bürger in ein Einheitssystem drängt, löst kein einziges Problem und schädigt den Wettbewerb. Steigende Kosten, Rationierung und sinkende Qualität der Versorgung wären die Folgen. Auch gibt das Einheitsystem keine Antwort auf die Bevölkerungsalterung. Es wird keine Vorsorge getroffen. Im Gegenteil: Die Beseitigung der privaten Krankenversicherung und die Enteignung ihrer Altersrückstellungen untergräbt die Zukunftsfähigkeit des gesamten Gesundheitswesens undbürdet nachfolgenden Generationen zusätzliche Lasten auf. Schließlich führt das Einheitsystem nicht zu einer Entkoppelung von Arbeits- und Gesundheitskosten. Steigen die Aufwendungen für Gesundheit, dann geht das zu Lasten der Beschäftigung.

Deshalb warnen wir vor einem Weg, der über mehr Bürokratie und Zentralismus letztlich in die Staats- und Listenmedizin führt. Eigenverantwortung und Solidarität statt Entmündigung des Einzelnen sind der Schlüssel für eine leistungsstarke Krankenversicherung.

Wir stehen zum Leitbild des gut informierten, mündigen Patienten. Um eigenverantwortlich entscheiden zu können, brauchen die Bürger mehr Transparenz und Wahlfreiheit. Das stärkt den Wettbewerb zwischen Versicherungsanbietern und Leistungserbringern. Hierzu gehören auch freiberufliche Leistungserbringer in wirtschaftlicher Selbständigkeit. Wir fordern eine qualitätsorientierte Wettbewerbsordnung, die die Teilhabe der Menschen am medizinischen Fortschritt sichert und für Wirtschaftlichkeit sorgt. Der Solidarität zwischen Starken und Schwachen sollte über das Steuersystem Rechnung getragen werden. Eine lohnunabhängige und demographiefeste Beitragserhebung sowie der Erhalt der privaten Krankenversicherung als Vollversicherung gewährleisten die Verlässlichkeit der Finanzierung.

Wir brauchen ein Gesundheitswesen, das:

1. **versorgungssicher** ist, weil jede medizinisch notwendige Behandlung unabhängig von Alter, Geschlecht, Gesundheitszustand oder finanziellem Hintergrund erbracht wird,
2. **generationengerecht** ist, weil es verstärkt auf Vorsorge statt Lastenverschiebung auf unsere Kinder und Enkel beruht,
3. **innovationsoffen** ist, da der medizinisch-technische Fortschritt im Leistungskatalog abgebildet wird, sofern er zur Lebensverlängerung bzw. -qualität entscheidend beiträgt,

4. **beschäftigungsfreundlich** ist, weil es die Arbeitskosten von den Krankenversicherungsbeiträgen entlastet,
5. **wettbewerbsorientiert** ist, weil es Versicherten, Krankenkassen und Leistungserbringern mehr Vertragsfreiheiten unter strikter Anwendung des Wettbewerbsrechts gibt,
6. **transparent** ist, weil es den Patienten Qualitätsvergleiche der Leistungen ermöglicht und die Qualitätsentwicklung fördert,
7. **effizient** ist, weil es ambulante, stationäre und rehabilitative Leistungen miteinander vernetzt und mit moderner Telematik-Infrastruktur ganzheitliche Behandlungsabläufe ermöglicht,
8. **wachstumsfördernd** ist, weil es Innovationen marktgerecht honoriert, Investitionsstaus überwindet und die Gesundheitswirtschaft von bürokratischen Hürden befreit,
9. **freiheitlich** ist, weil es den Versicherten mehr Wahlmöglichkeiten zwischen den Angeboten von gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen gibt,
10. **auf Eigenverantwortung** setzt, weil die Entscheidungsfreiheit der Menschen und nicht die Bevormundung durch den Staat in den Mittelpunkt gerückt wird.

VI. Innovationsstandort stärken – Spitzenleistungen fördern

Dank kraftvoller Restrukturierungen und der vielfachen Innovationsführerschaft der Unternehmen hat Deutschland große Chancen, gestärkt aus der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise hervorzugehen. Doch nur mit neuen Weichenstellungen in der Forschungs- und Steuerpolitik lässt sich Deutschlands starke Position als Innovationsstandort auch in Zukunft erfolgreich verteidigen.

In kaum einem anderen Land der Welt werden mehr Patente angemeldet. Doch bei der Ummünzung von Erfindungen in Markterfolge hat Deutschland international das Nachsehen. So erreicht die Effizienz der Patentverwertung gerade einmal ein Drittel des britischen Niveaus. Auch der deutliche Rückgang des Anteils kontinuierlich forschender KMU um ein Viertel seit Mitte der 90er Jahre spricht für einen Neujustierungsbedarf der bestehenden Förderpolitik. Vor allem eine stärkere Aktivierung des Potenzials der KMU muss hierbei im Vordergrund stehen – schließlich sind diese für die Schaffung neuer Arbeitsplätze besonders bedeutsam.

1. **Wir fordern die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung** in Höhe von 10 Prozent der F&E-Aufwendungen als zusätzliches Instrument neben den bestehenden Programmen der Projektförderung.
2. **Wir wollen international wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für Risikokapital**, um den Zugang deutscher Wachstumsunternehmen zu von privaten Investoren bereitgestelltem Eigenkapital weiter zu verbessern.
3. **Wir setzen uns ein für die Förderung von Innovationsverbänden von Wissenschaft und Wirtschaft** durch den Ausbau der leistungsorientierten und technologieoffenen Clusterförderung bei bundesweit einheitlichen Benchmarking-Kriterien.
4. **Wir wollen eine Neujustierung der Forschungsprämie, um KMU zusätzliche Anreize für die Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen zu geben.** Notwendig sind hierfür eine Einbeziehung der Unternehmen in die Prämiengewährung sowie eine Anhebung der Prämienhöhe bei kleinen Auftragsvolumina.
5. **Wir setzen uns ein für eine Stärkung der Kooperation von Hochschulen mit der regionalen mittelständischen Wirtschaft.** Ein bundesweiter Wettbewerb unter dem Motto „Kooperationshochschule Mittelstand“ soll analog zur Exzellenzinitiative auf breiter Front Anstöße geben, um die Entwicklung innovativer Vernetzungskonzepte voranzutreiben.
6. **Wir plädieren dafür, gerade für kleine und mittlere Unternehmen mit dünner Kapitaldecke die Patentanmeldung zu erleichtern.** Analog zum „Small Entity Status“ in den USA sollten auch hierzulande innovative KMU von verringerten Gebühren profitieren können.
7. **Wir setzen uns ein für eine Verbesserung des Wissenstransfers aus den Hochschulen.** Hierzu sind die Patent- und Verwertungsagenturen dringend zu professionalisieren und in leistungsfähige Dienstleistungszentren umzugestalten.
8. **Wir wollen eine konsequente Fortführung der Exzellenzinitiative** bei Beibehaltung sowohl des wettbewerblichen und wissenschaftsgeleiteten Verfahrens als auch der drei Förderlinien Graduiertenschulen, Exzellenzcluster und Zukunftskonzepte.

9. **Wir fordern, die Etablierung von Leitmärkten für neue Technologien weiter voranzutreiben**, um durch den Aufbau zusätzlicher Innovationsallianzen deutsche Forschungsergebnisse noch schneller in marktgerechte Produkte umzusetzen.
10. **Wir machen uns dafür stark, jungen innovativen Unternehmen Starthilfe zu geben**, um diesen durch eine Befreiung von Abgaben die schwierige Anfangsphase zu erleichtern.

VII. Politik für eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung

Die energiepolitischen Rahmenbedingungen sind entscheidend für die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft im internationalen Wettbewerb. Eine moderne und nachhaltige Energiepolitik muss drei Zielen genügen, die gleichzeitig die Maßstäbe zur Beurteilung der energiewirtschaftlichen Position Deutschlands im internationalen Wettbewerb sind:

1. Bezahlbare Energiepreise für Industrie, Gewerbe und Privathaushalte.
2. Verlässliche und stetige Versorgung unseres Landes mit Energieträgern.
3. Effiziente und klimafreundliche Energieerzeugung und -nutzung.

Wir werben dazu für eine "**Nationale Strategiekommision Energiepolitik**", die in einem ersten Schritt ein internationales Benchmarking der energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland und ausgewählten OECD-Ländern durchführt. In einem zweiten Schritt sollte die Kommission konkrete Vorschläge für die notwendigen energiepolitischen Weichenstellungen für die drei Ziele entwickeln.

Dabei müssen ideologiefrei alle wichtigen Themen auf der Agenda stehen: Die Sicherstellung von fairem Wettbewerb in Handel und Erzeugung auf nationaler und europäischer Ebene, der Kraftwerksmix der Zukunft, einschließlich der Kernenergie und hocheffizienter Kohlekraftwerke, über Carbon Capture and Storage (CCS) sowie effiziente Erneuerbare Energien bis hin zu modernen Technologien im Mobilitätsbereich und der Stadtentwicklung, der Steigerung der Energieeffizienz, nachhaltigem Klimaschutz sowie einer anwendungsorientierten technologieoffenen Energieforschung.

Kernelemente einer konsistenten Energiepolitik:

1. **Wir müssen Energiepolitik konsequent als Wirtschaftspolitik aus einer Hand betreiben** und diese zugleich stärker als bisher mit der Außen- und Sicherheitspolitik verzahnen.
2. **Wir wollen alle drei energiepolitischen Ziele gleich gewichten** und sicherstellen, dass keines aus ideologischen Gründen einseitig in den Vordergrund gestellt wird.
3. **Wir stehen für einen technologieoffenen Wettbewerb**, in dem Unternehmen wie Verbraucher die uneingeschränkt geltenden Klimaziele umsetzen.
4. **Wir müssen den Erhalt eines breiten, ausgewogenen und technologieoffenen Energiemixes sicherstellen.** Nur dadurch können der steigende Energiebedarf gedeckt, die Abhängigkeit von einzelnen Energieträgern und -lieferländern verringert und die Klimaschutzziele zu möglichst niedrigen CO₂-Vermeidungskosten erreicht werden.
5. **Wir wollen Versorgungssicherheit für Deutschland sicherstellen**, in dem wir heimische Energieressourcen fördern und zugleich gewährleisten, dass Importeure wichtiger Energierohstoffe aus einer gefestigten Position heraus agieren können, um auf Augenhöhe mit internationalen Partnern zu verhandeln.
6. **Wir unterstützen den Ausbau des EU-Energiebinnenmarktes zu einem echten „level playing field“.** Wir wollen den diskriminierungsfreien Wettbewerb in ganz Europa verbessern und Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten deutscher Unternehmen abbauen.

- 7. Wir wollen einen konsequent wettbewerbsorientierten Ordnungsrahmen für die Strom- und Gasmärkte vorantreiben.** Wir wollen die kostengünstige Energieversorgung von Verbrauchern und Unternehmen durch neutralen transparenten Netzbetrieb, leichten und sicheren Anbieterwechsel und hohe Anbietervielfalt sicherstellen.
- 8. Wir bekennen uns zu einem verlässlichen Moratorium, um die deutschen Verbraucher nicht durch staatliche Maßnahmen mit weiter steigenden Energiekosten zu belasten.** Ohne Klimaschutzabkommen mit global vergleichbaren Bedingungen zur Treibhausgasreduktion für die wichtigsten Wettbewerber droht die verstärkte Abwanderung von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung in Länder mit weniger strengen Klimaschutzregeln.
- 9. Wir treten für eine Energiepolitik ein, mit der die Akzeptanz, Wirtschaftlichkeit und schnelle Umsetzung dringend erforderlicher Investitionen sichergestellt wird.** Die Nutzung fossiler Energieträger bleibt für den Industriestandort Deutschland auf absehbare Zeit unverzichtbar.
- 10. Wir befürworten eine diskriminierungsfreie Vergabe der in der EU-Emissionshandelsrichtlinie vorgesehenen Investitionskostenzuschüsse,** um Verbraucher und Unternehmen zu entlasten und die Wettbewerbsstruktur zu verbessern. Auch wegen der weltweiten Bedeutung des Energieträgers Kohle werden wir die Markteinführung von CCS aus nationalen und europäischen Mitteln fördern.
- 11. Wir wollen insbesondere die Investitionsanreize zur Anpassung der Energienetze stärken,** welche durch die Integration klimafreundlicher Energien und intelligenter und optimierter Energienetze notwendig werden. Investitionshemmnisse werden wir konsequent abbauen und attraktive Rahmenbedingungen dauerhaft sicherstellen.
- 12. Wir müssen den deutschen Technologievorsprung im Bereich CO₂-armer Energie- und Umwelttechnologien erhalten und nach Möglichkeit ausbauen.** Hierzu werden wir die finanziellen Mittel für die technologieoffene Forschung und Entwicklung deutlicher als bisher auf langfristig eine Milliarde Euro jährlich erhöhen.
- 13. Wir setzen uns für eine Verlängerung der Laufzeiten der deutschen Kernkraftwerke unter Wahrung der hohen deutschen Sicherheitsstandards ein.** Die Kernenergie leistet derzeit einen unverzichtbaren Anteil zur Sicherung einer bezahlbaren Energieversorgung, zur Reduzierung der Importabhängigkeit Deutschlands und zum Klimaschutz.
- 14. Wir wollen Verantwortung gegenüber künftigen Generationen übernehmen** und werden die Blockade bei der Eignungsprüfung von Gorleben schnellstens beenden. Die Bürger haben ein Recht auf eine sichere und wirtschaftliche Lösung durch die Politik.
- 15. Wir wollen den Anteil der Erneuerbaren Energien ausbauen, um die Abhängigkeiten vom Ausland zu reduzieren und die Wertschöpfung in Deutschland zu erhöhen.** Für mehr Effizienz beim Klimaschutz wollen wir den gewachsenen klimapolitischen Instrumentenmix auf den Prüfstand stellen und das Gegeneinander von EEG und EU-Emissionshandel durch eine Reform des EEG beenden. Durch kluge Gestaltung der Subventionen zur Technologieeinführung wollen wir attraktive Investitionsbedingungen für den erforderlichen Ausbau effizienter Erneuerbarer Energien sicherstellen und diese gleichzeitig schnellstmöglich in die Wettbewerbsfähigkeit führen.

VIII. Industriestandort erhalten – Wettbewerb sicherstellen – Klimaschutz wirtschaftsverträglich gestalten

Deutschland gehört weltweit zu den Vorreitern im Klima- und Umweltschutz. In der Verbesserung der Luft-, Wasser- und Bodenqualität haben wir große Fortschritte erzielt. Beim Export von Umwelttechnologien sind wir Weltmarktführer.

Erfolgreicher Klimaschutz ist jedoch eine globale Aufgabe und hat nur dann eine Chance, wenn Wettbewerbsverzerrungen und Verlagerungen von Emissionen vermieden werden.

Notwendig ist es deshalb ein Klimaabkommen, das alle Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer einbezieht und weltweit gleiche Rahmenbedingungen für den Wettbewerb schafft.

Umweltpolitik muss mit Augenmaß erfolgen und für Unternehmen am Standort Deutschland die wirtschaftliche Grundlage im internationalen Wettbewerb erhalten. Innovations-, Investitions- und Wachstumsbedingungen müssen nachhaltig verbessert werden. Zukünftige Maßnahmen sollen ideologiefrei und technologieoffen erfolgen und stärker an Kosten-Nutzen-Analysen sowie Effizienzkriterien orientiert werden. Wir brauchen stabile wirtschaftliche Entwicklung ebenso wie Umwelt- und Klimaschutz.

- 1. Wir forcieren den Abschluss eines globalen Klimaabkommens**, in das auch die USA sowie die Entwicklungs- und Schwellenländer eingebunden sind. Ziel muss eine faire Lastenverteilung mit weltweit gleichen Bedingungen für die wichtigsten Wettbewerber sein.
- 2. Wir wollen weitere Zusatzlasten durch die EU-Klimapolitik verhindern** und schnellstmöglich Ausgleichsregelungen für energieintensive Branchen schaffen, die indirekt durch Strompreissteigerungen durch den EU-Emissionshandel betroffen sind. Zusätzliche Emissionshandelssysteme für Luftschadstoffe wie Stickoxide oder Schwefeldioxid lehnen wir ab.
- 3. Wir wollen klare, transparente und konsistente Vorgaben im Umwelt-, Verbraucher und Arbeitsschutzrecht.** Doppelregelungen durch sich überschneidende bzw. widersprechende Vorschriften müssen bereits auf europäischer Ebene verhindert werden. Dringend notwendig ist es zudem, für Unternehmen Planungssicherheit und anwenderfreundliche Genehmigungsverfahren durch ein harmonisiertes und zusammengefasstes Umweltrecht zu gewährleisten.
- 4. Wir setzen uns dafür ein, die hohen CO₂-Einsparpotentiale im Gebäudebereich schnellstmöglich auszuschöpfen** und die Energieeffizienz in diesem Bereich technologieoffen zu steigern. Hierfür sind die Rahmenbedingungen zu flexibilisieren sowie die Förderbedingungen zielorientierter und transparenter zu gestalten.
- 5. Im Verkehrsbereich befürworten wir technologieoffene Vorgaben zur Erreichung der CO₂-Minderungsziele.** Dabei gilt es, die Weiterentwicklung aller Antriebssysteme zu unterstützen. Quoten für den Einsatz nachhaltig produzierter Biokraftstoffe im Mobilitätssektor müssen sich an den technisch begrenzten Beimischungsmöglichkeiten sowie an der in Europa verfügbaren Biomasse orientieren.

- 6. Wir setzen uns dafür ein, die Versorgung Deutschlands mit Rohstoffen sicherzustellen,** durch Diversifizierung der Transportwege und Bezugsquellen sowie durch Steigerung der Ressourceneffizienz und stärkere Rückführung von Stoffen in den Stoffkreislauf. Der freie Zugang zu Rohstoffen aus heimischen und ausländischen Quellen muss erleichtert sowie neue Unternehmenspartnerschaften mit Rohstoffländern gefördert werden. Wir brauchen ein modernes Rohstoffgesetz mit fairen Wettbewerbsbedingungen.
- 7. Wir bekennen uns im Bereich der Abfall- und Abwasserentsorgung sowie der Wasserversorgung zur Anwendung des Subsidiaritätsprinzips,** das den Vorrang privatwirtschaftlicher Aufgabenerfüllung festschreibt. Notwendig sind gleiche Marktzutrittsvoraussetzungen für private und kommunale Unternehmen. Die steuerliche Ungleichbehandlung beider Rechtsformen ist schnellstmöglich zu beenden. Maßstab für staatliche Eingriffe muss ein zeitgemäßer Begriff der Daseinsvorsorge sein.
- 8. Wir betrachten Bodenschutz als nationale Aufgabe.** Eine europäische Bodenschutzrichtlinie lehnen wir ab, da sie zu erheblichen Kosten und mehr Bürokratie führt, ohne einen zusätzlichen Nutzen für die Umwelt.
- 9. Wir machen uns dafür stark, die Wettbewerbsfähigkeit der Biotechnologie in Deutschland zu gewährleisten.** Notwendig sind gesetzliche Rahmenbedingungen, die Anreize zur Forschung und Entwicklung setzen, z.B. die Einführung von steuerlicher Forschungsförderung. Ziel ist eine wissenschaftlich basierte, vorurteilsfreie und verantwortungsvolle Nutzung der Biotechnologie, um deren Potenzial für Nahrungsmittel- und Energieversorgung weiter auszuschöpfen.
- 10. Wir fordern, den Nutzen von Gesetzen für den Verbraucher im Rahmen von Gesetzesfolgenabschätzungen auf den Prüfstand zu stellen.** Unsere Verbraucherpolitik muss einfach, praktikabel und an den Bedürfnissen der Bürger orientiert sein, ohne den Markt überzuregulieren.

IX. Klimaschutzpotentiale heben – Neue Impulse für Wohnungsmärkte setzen

Demografische Veränderungen, höhere Mobilität und ehrgeizige Klimaschutzziele stellen nicht nur die Wohnungseigentümer sondern auch Bund, Länder und Kommunen vor neue Herausforderungen. Die Nachfrage nach Wohnungen, besonders in wachstumsstarken Regionen, steigt in Deutschland spürbar an. Die zunehmende Überalterung der Gesellschaft und veränderte Lebensstile haben zu erheblichen Strukturveränderungen in der Zusammensetzung der Haushalte geführt. Insbesondere die Anzahl der Ein- und Zweipersonenhaushalte wird in den kommenden Jahren weiter wachsen.

Handlungsbedarf besteht im Umbau des vorhandenen Wohnungsbestandes, um den Bedürfnissen nach qualitativ hochwertigem Wohnraum, energetischer Effizienz und altersgerechtem Wohnen zu genügen. Zudem muss neuer Wohnraum geschaffen werden, insbesondere in Zuzugsregionen, die schon heute unter überproportionalen Mietpreissteigerungen infolge von Verknappung leiden. Der Wohnungsbedarf wird sich Prognosen zufolge bis 2020 auf rund 1,5 Mio. Wohneinheiten erhöhen. Dies entspricht einem tatsächlichen durchschnittlichen jährlichen Bedarf von 115.000 Wohnungen.

Wir fordern verlässliche rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, um die erforderlichen Investitionen schnellstmöglich anzukurbeln. Der Evaluation einzelner Maßnahmen sollte genügend Raum gegeben werden, um Mitnahmeeffekte und Fehlallokationen von vorn herein auszuschließen.

- 1. Wir halten einen weiteren Rückbau nicht marktgängiger Wohnungsbestände im gesamten Bundesgebiet für unerlässlich.** Die Fortsetzung des Stadtumbaus ist die Voraussetzung, um lokale Wohnungsmärkte wieder ins Gleichgewicht zu bringen und lebendige Städte zu erhalten. Notwendiger denn je ist ein Abbau des Überangebots, um Anreize für eine Modernisierung der Bestände und Planungssicherheit für Investoren zu schaffen.
- 2. Wir setzen uns dafür ein, den altersgerechten Umbau von Bestandswohnungen voranzubringen.** Zinsverbilligte Darlehen und die zusätzlich bereitgestellten Mittel i. H. v. 80 Mio. € werden zur Finanzierung des notwendigen Umbaus nicht ausreichen. Um den vorhandenen Modernisierungstau endgültig zu überwinden, müssen schnellstmöglich neue Mittel bereitgestellt sowie zusätzliche Fördermaßnahmen etabliert werden.
- 3. Wir fordern verkürzte degressive Abschreibungszeiträume für energetische Sanierungsmaßnahmen sowie eine gerechte Kosten-Nutzen-Verteilung zwischen Mietern und Eigentümern.** Bei der Bemessung der Kaltmiete sollte zukünftig die durch eine Sanierung bedingte Senkung der Nebenkosten angemessen berücksichtigt werden. Dies würde einen Anreiz bieten, um die erforderlichen Investitionen in energetische Sanierungsmaßnahmen anzustoßen. Dringend erforderlich sind zudem transparente und unbürokratische Förderbedingungen sowie vereinfachte Förderprogramme.
- 4. Wir plädieren dafür, neue zielgerichtete Fördermaßnahmen des Mietwohnungsneubaus in wachsenden Regionen zu entwickeln.** Diese Investitionsanreize sollen dazu

beitragen, den Wohnungsmarkt in Ballungszentren zu entspannen und gleichzeitig eine Gießkannenförderung für Gebiete mit hohem Leerstand zu vermeiden. Die Neubauförderung muss sich an den Marktgegebenheiten orientieren und kann sowohl preiswerten Wohnraum für z.B. junge Neubürger und Familien unterstützen, als auch qualitativ hochwertigen Wohnraum und Seniorenwohnen.

5. **Wir unterstützen kurzfristige Anreize für den Kauf und den Bau von neuen selbstgenutzten Wohnungen.** Die Aufnahme des Wohneigentums in die betriebliche Altersvorsorge, die Gewährung von höheren Kinderzulagen sowie die konzentrierte Eigentumsförderung in der Stadtentwicklung könnten die verminderte Bautätigkeit der letzten Jahre kompensieren. Bis die Effekte der Eigenheimrente eintreten, sollte ein befristeter Schuldzinsenabzug zur Einkommensteuer möglich sein, um eine Förderungslücke zu vermeiden.
6. **Wir setzen uns dafür ein, private Akteure der Wohnungswirtschaft konsequenter in den Städtebau einzubeziehen.** Als wesentliche Bestandhalter sind sie ein Schlüssel zur nachhaltigen Quartiersgestaltung. Investitionsanreize über Stadtentwicklungsfonds und Förderung von PPP sind richtungsweisend und müssen stärker als bisher genutzt werden.
7. **Wir setzen uns für die Abschaffung der Erbschaftssteuer ein.** Zumindest müssen bei der geltenden Erbschaftssteuer vermietete Gewerbeimmobilien den vermieteten Wohnimmobilien gleichgestellt werden. Zudem sind die Regelungen zur Vererbung von selbstgenutztem Wohneigentum zu flexibilisieren.
8. **Wir befürworten die Aussetzung der Zinsschranke für die Dauer der Wirtschaftskrise.** Jedenfalls sollte die Grenze für das Eingreifen großzügiger gefasst werden, z.B. durch Anhebung der 30 Prozent-EBITDA-Grenze auf 50 Prozent. Gerade für die kapitalintensive Immobilienwirtschaft wäre dies ein wichtiges Signal, um Investitionen anzukurbeln und den Mittelstand zu stärken.
9. **Wir schlagen vor, die für haushaltsnahe Dienstleistungen geltende Einkommensteuerermäßigung nach § 35a EStG zu erweitern.** Steuerlich absetzbar sein sollten auch die Inanspruchnahme von Planungs- und Handwerkerleistungen für den Neubau sowie die Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen bei Bestandserwerb von selbstgenutztem Wohneigentum. Insbesondere für einkommensschwache Haushalte können damit die Möglichkeiten erweitert werden, Wohneigentum zu bilden.
10. **Wir machen uns dafür stark, die deutsche REITs-Gesetzgebung nachzubessern.** Notwendig ist die Verlängerung der sog. Exit-Tax, wonach die beim Verkauf von Immobilien realisierten Gewinne in bestimmten Fällen bis Ende 2009 nur zur Hälfte versteuert werden müssen, um mindestens 3 Jahre. Zudem muss eine Einbeziehung von Wohnimmobilien erfolgen, um Anreize für den Wohnungsbau zu setzen.

X. Verkehrsinfrastruktur stärken – Mobilitätsstau auflösen

Deutschland verfügt über eine der besten und modernsten Verkehrsinfrastrukturen, mit einem dichten und leistungsfähigen Netz von Straßen, Schienen, Häfen und Luftverkehrsachsen. Umso wichtiger ist es, trotz knapper Mittel den spürbaren Substanzverzehr aufzuhalten und die Qualität der Verkehrswege zu verbessern.

Als Exportnation Nr. 1 ist eine leistungsfähige und wirtschaftliche Verkehrsinfrastruktur wichtigster Schlüssel für nachhaltiges Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze am Standort Deutschland und bildet das Rückgrat unserer Wirtschaft. Die bestehende Infrastruktur reicht nicht aus, um insbesondere das explosionsartige Wachstum des Güterverkehrs zu bewältigen, denn Globalisierung und arbeitsteilige Produktion nehmen weiter stark zu. Deutschland gehört zu den Gewinnern dieser Entwicklung. Damit dies auch in der Zukunft so bleibt, müssen wir die Verkehrsinfrastruktur als einen wesentlichen Motor dieses Erfolgs für die Anforderungen der Zukunft fit machen.

Für alle Verkehrsträger gilt: Vor allem der Ausbau, die Modernisierung und der effiziente Erhalt und Betrieb des gesamten vorhandenen Verkehrsnetzes bilden in den kommenden Jahrzehnten die größte Herausforderung.

Gleichzeitig müssen die vorhandenen Wettbewerbs- und Privatisierungspotentiale ausgeschöpft werden, um insbesondere die weltweite Konkurrenzfähigkeit der deutschen Verkehrsträger zu sichern. Dazu gehört vor allem, die Teilprivatisierung der Deutschen Bahn AG auch gegen Widerstände weiter voranzutreiben. An dem Ziel, die Bahn zu einem international wettbewerbsfähigen Unternehmen auszubauen, muss festgehalten werden.

- 1. Wir setzen uns für mehr Kostentransparenz ein.** Die Gesamtkosten für Ausbau, Erhalt und Betrieb der Verkehrsinfrastruktur müssen anhand betriebswirtschaftlicher Kriterien erfasst werden. Mehr Transparenz über die Aufwendungen verschafft gleichzeitig Klarheit und Planungssicherheit. Von besonderer Relevanz ist dies bei der Umsetzung von Verkehrsprojekten im Rahmen Öffentlich-Privater Partnerschaften.
- 2. Wir fordern eine stetige Finanzausstattung für die Verkehrsinfrastruktur unabhängig von haushalterischen Schwankungen.** Der effiziente Einsatz der vorhandenen Mittel bei gleichzeitiger Zweckbindung eingehender Mittel, insbesondere aus der Lkw-Maut, sind wichtige Bausteine auf dem Weg zu einer adäquaten Finanzausstattung. Die Schaffung geeigneter in sich geschlossener Finanzierungskreisläufe sind eine Grundvoraussetzung, um die Finanzierung der zukünftigen Infrastruktur sicherzustellen.
- 3. Wir wollen einen bedarfsgerechten Mitteleinsatz.** Die Investitionen sollen dort eingesetzt werden, wo sie die beste Wirkung auf den fließenden Verkehr und eine effiziente Mobilität entfalten. Die Mittelverteilung nach Länder- und Regionalproporz muss der Vergangenheit angehören.
- 4. Wir plädieren für klare Aufgabenverteilungen und Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern.** Der Bund sollte nur noch für Bundesautobahnen und –straßen mit überwiegendem Fernverkehrsaufkommen zuständig sein; alle anderen Bundesstraßen gehen in die Zuständigkeiten der Länder über. Dies ist eine wichtige Voraussetzung, um vorhan-

dene Effizienzreserven zu heben und Investitionen zu beschleunigen. Daran anknüpfend schlagen wir eine „Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung“ vor, in der die Länder vom Bund den Erhalt und den Betrieb der Bundesfernstraßen gegen einen Pauschbetrag übernehmen.

5. **Wir halten ein Investitionsbeschleunigungsgesetz zur deutlichen Verkürzung der viel zu langen Planungszeiten von Infrastrukturvorhaben für unerlässlich.** Zusätzlich können Anreizsysteme zur Kosten- und Zeitersparnis in der Verwaltung vorhandene Wirtschaftlichkeitsreserven heben.
6. **Wir treten dafür ein, die Infrastrukturinvestitionen für den Schienengüterverkehr stärker auf die Engpassbeseitigung und den Ausbau der Hauptverkehrsachsen zu konzentrieren.** Deutschland ist auf europäischer Ebene Logistik-Standort Nr. 1. Vier von sechs europäischen Frachtkorridoren auf der Schiene verlaufen durch unser Land. Gleichwohl sind die Hauptfrachtwege dramatisch unterfinanziert. Bei der Schiene brauchen wir eine zukunftsweisende Strategie für eine optimale Bewirtschaftung der nationalen Frachtkorridore und eine bessere Verknüpfung der transeuropäischen Netze.
7. **Wir drängen darauf, die kontinentale Vernetzung der Häfen voranzutreiben und deren optimale Anbindung an Straße und Schiene zu realisieren.** Für den Exportweltmeister Deutschland sind die See- und Binnenhäfen entscheidende Schnittstellen für den weltweiten Handel. Prognosen gehen mindestens von einer Verdopplung des Umschlagaufkommens in den Seehäfen aus. Umso wichtiger ist es, die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Häfen zugunsten von Wachstum und Arbeitsplätzen zu stärken.
8. **Wir setzen uns dafür ein, die für den Verkehrsknotenpunkt Deutschland bedeutenden Flughäfen weiterzuentwickeln.** Darüber hinaus müssen die landseitigen Anbindungen der Flughäfen an die erwarteten Kapazitäten von Passagieren und Fracht angepasst werden. Deutschland ist der drittgrößte Luftverkehrsstandort der Welt. Die Flughäfen haben sich als wichtige Wachstums- und Beschäftigungsmotoren in den jeweiligen Regionen etabliert.
9. **Wir fordern, die jeweiligen Stärken aller Verkehrsträger zu nutzen und sinnvoll miteinander zu verknüpfen statt einseitig einzelne Verkehrssysteme zu bevorzugen.** Im Sinne eines leistungsfähigen Wettbewerbs müssen alle Verkehrsträger gleichermaßen in die Schaffung nachhaltiger Mobilität einbezogen werden. Die Verbindungen und Schnittstellen zwischen den Verkehrsträgern gilt es weiter zu optimieren.

XI. Starkes Europa – Sichere Zukunft

Gerade vor dem Hintergrund wachsender globaler Herausforderungen, wie der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise und dem Klimawandel, brauchen wir ein starkes und handlungsfähiges Europa dringender denn je. Ohne Europa wird kein Mitgliedsstaat seine Interessen auf globaler Ebene wahren sowie Sicherheit und Wohlstand erhalten können.

Für uns liegt im Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft die gemeinsame europäische Antwort auf die Herausforderungen einer globalisierten Wirtschaft. Wir werden uns daher weiterhin für ein Europa einsetzen, das bei der internationalen Durchsetzung der Spielregeln der Sozialen Marktwirtschaft eine Vorreiterrolle übernimmt und zu dem Nutzen und Vorteil von Unternehmen, Arbeitnehmern, Konsumenten und Bürgern entscheidend beiträgt.

- 1. Wir plädieren dafür, mit einem starken Europa federführend dazu beitragen, die internationale Wirtschaftskrise zu bewältigen.** Um das globale Finanzsystem nachhaltig zu stabilisieren, muss die EU weiterhin Taktgeber für einen verlässlichen internationalen Ordnungsrahmen sein. Dazu braucht es auch einen funktionierenden Binnenmarkt, denn gerade Deutschland als Exportweltmeister profitiert von offenen Märkten in der EU und der Welt.
- 2. Wir fordern auch innerhalb der EU die Transparenz und die Sicherheit im Finanzsektor zu erhöhen.** Insbesondere die Einführung einer einheitlichen, der EZB angegliederten EU-Bankenaufsicht, eine verbesserte Koordinierung der Wirtschaftspolitik innerhalb bestehender Strukturen und der Finanzmarktregulierung auf EU-Ebene haben oberste Priorität.
- 3. Wir bekennen uns zum Stabilitäts- und Wachstumspakt als Grundlage einer stabilen Wirtschafts- und Währungsunion.** Gerade in einer Zeit, in der Staatsverschuldung massiv ansteigt, darf das Ziel solider Haushalte in der EU nicht aufgegeben werden. Es müssen nach Auslaufen der Konjunkturprogramme glaubwürdige „Exit-Strategien“ entwickelt und die Überschuldung durch überfällige Strukturreformen zurückgeführt werden.
- 4. Wir setzen uns weiterhin mit Nachdruck für das Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages als Fortschreibung der demokratischen Kontrolle in der EU ein.** Damit die EU-27 im globalen Wettbewerb bestehen kann, muss sie handlungsfähiger und regierbarer gestaltet werden. Der Reformvertrag bildet durch das gestärkte Subsidiaritätsprinzip, die Straffung der Institutionen und die Ausweitung der Mitentscheidung hierfür das institutionelle Fundament.
- 5. Wir forcieren den Kampf gegen die Bürokratie** und setzen uns für die Einrichtung eines europäischen Normenkontrollrats ein. Das Ziel, bis 2012 die Bürokratielasten in der EU um 25 Prozent zu verringern, ist keine Option, sondern muss Verpflichtung sein. Insbesondere muss sichergestellt werden, dass Gesetze und Initiativen der EU auf Grundlage unabhängiger Folgeabschätzungen Wachstum, Investition und Beschäftigung stärker berücksichtigt werden.
- 6. Wir wollen einen modernen EU-Haushalt als sichtbares Zeichen einer zukunftsfähigen EU.** Dieser muss durch Reformen auf der Ausgabenseite (Strukturpolitik, Agrarpolitik) viel

stärker auf Bildung, Forschung/Innovation und Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet werden.

7. **Wir fordern, das Subsidiaritätsprinzip in der EU konsequenter zu verwirklichen.** Nicht jede Frage in Europa ist eine Aufgabe für Europa. Die Europäische Union muss sich gemäß dem Subsidiaritätsprinzip auf jene Aufgaben konzentrieren, die die europäische Ebene besser als die Nationalstaaten mit ihren Regionen und Kommunen erfüllen kann.
8. **Wir machen uns dafür stark, die europäische Verkehrspolitik voranzubringen.** Wachstum in Europa verlangt neue Handelswege und die bessere Vernetzung. Die wirtschaftlichen Zentren Deutschlands müssen im Rahmen der Transeuropäischen Netze (TEN) stärker mit den dynamisch wachsenden Märkten Mittelosteuropas und den östlichen Nachbarschaftsregionen verbunden werden.
9. **Wir setzen auf Integration vor Erweiterung.** Die Erweiterung der EU von 15 auf 27 Mitgliedstaaten innerhalb weniger Jahre hat großer Anstrengungen bedurft. Daher treten wir für eine Phase der Konsolidierung ein, in der die Festigung der Identität und der Institutionen der Europäischen Union Vorrang vor weiteren EU-Beitritten haben. Das Prinzip der vollständigen Kriterienerfüllung vor einem Beitritt muss der Leitgedanke bei zukünftigen Beitrittsverhandlungen sein.

Berlin, den 20. April 2009